

II-9335 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4576/J

1993-04-02

ANFRAGE

des Abgeordneten Dipl.Soz.Arb Srb, Freunde und Freundinnen

an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten

betreffend die Vereinbarung zwischen dem Bund und dem Land Wien über den Ausbau des öffentlichen Verkehrs

Vor kurzem wurde zwischen dem Bund und dem Land Wien eine Vereinbarung über den Ausbau des öffentlichen Verkehrs abgeschlossen. Dieses Übereinkommen sieht unter anderem konkrete Schritte zum Ausbau der U-Bahn sowie der S-Bahn vor. Vorgesehen ist ein Investitionsvolumen von 20 Milliarden Schilling sowie eine gemeinsame Aufbringung der Kosten.

In diesem Zusammenhang stellen daher die unterfertigten Abgeordneten folgende

ANFRAGE

1. Welche Vorkehrungen werden im Zusammenhang mit den geplanten Investitionen getroffen werden
 - a) für gehbehinderte Menschen
 - b) für Rollstuhlbénützer
 - c) für sehbehinderte und blinde Menschen
 - d) für hörbehinderte und gehörlose Menschen?
2. Sind Sie bereit sich dafür einzusetzen, daß für den oben genannten Personenkreis sämtliche notwendigen Vorkehrungen getroffen werden, um ihnen eine problem- und gefahrlose, vor allem aber eine wirklich barrierefreie Benützung der Verkehrsmittel zu ermöglichen?
Wenn nein, was sind die Gründe dafür?